

Was die geringe Eigenkapitaldecke der Banken mit der „One World – Ideologie“ zu tun hat

Von Hermann Patzak

Auch wenn Sie sich jetzt vielleicht die Augen reiben und glauben, Sie haben nicht richtig gelesen. Der Zusammenhang ist eindeutig. Lesen Sie weiter.

Der Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, daß zahlreiche Banken eine zu geringe Eigenkapitaldecke haben. Ihnen droht in der Krise jetzt das Aus, der Konkurs, mit den damit verbundenen verheerenden Kettenreaktionen für die Volks- und die Weltwirtschaft.

Die „Internationale der Politiker“ sinnt auf Abhilfe. In der nächsten Zeit soll eine Reihe hochkarätiger Konferenzen mit allen wichtigen Teilnehmern aus der ganzen Welt das Problem lösen. Neue und weltweit einheitliche Bewertungs- und Eigenkapitalvorschriften für Banken sollen künftige Gefahren bannen. Doch wichtig dabei sind nicht nur die richtigen und wissenschaftlich fundierten Bewertungsregeln. Auch die Aufsichtsbehörden und die sie kontrollierenden Politiker müssen die Einhaltung der Regeln nach einheitlichen Richtlinien und unbestechlich überwachen!

Übernationale Regeln zur Mindestausstattung der Banken mit Eigenkapital gibt es bereits seit den achtziger Jahren. Anfang 2008 sind in der Europäischen Union die sogenannten „Basel II“ Vorschriften in Kraft getreten:

Danach werden die Bankvermögensposten „risikogewichtet“. Jede Bank muß danach mindestens 8 Prozent an Eigenmitteln haben.

Die Kritik an den Basel II – Vorschriften:

1. Sie wirken prozyklisch, d.h. sie verstärken die Konjunkturausschläge, weil sie im Abschwung bei steigenden Zahlungsrisiken mehr Eigenkapital und im Aufschwung bei sinkenden Zahlungsrisiko weniger Eigenkapital verlangen.
2. Die meisten Banken haben heute ohnehin schon eine Eigenkapitaldecke von 10 Prozent gehabt.

Hierzu ist zu sagen:

Die Banken – auch die staatlichen Landesbanken – haben die existierenden Eigenkapitalvorschriften, ob sie gesetzlich verankert oder als kaufmännische Faustregel vorgeschrieben, nicht eingehalten. Und die staatlichen Aufsichtsbehörden haben die Verstöße dagegen, z.B. die Gründung außerbilanzieller Zweckgesellschaften, nicht geahndet, also sehenden Auges guldet!

Dies gilt nicht nur für die deutschen Behörden (Bafin und Finanzministerium), sondern in noch viel größerem Ausmaß für die angloamerikanischen Behörden und die sie beaufsichtigende Politik. Schließlich hatten diese Staaten, bzw. deren Politiker, über die hohen Renditen aus den Geschäften die entsprechenden höheren Steuereinnahmen einkassiert. Die den Managern vorgeworfene Gier hatte auf Seiten der Politiker in allen kapitalistischen Staaten ihr nicht minder gewichtiges Pendant!

Die Fachleute tüfteln jetzt (Frühjahr 2009) an rechtlichen und betriebswirtschaftlich - technischen Einzelheiten zur Bewertung, z.B. wie man die sogenannten „strukturierten Wertpapiere“ zu bewerten habe, um damit eine höhere Eigenkapitalquote – und folglich geringere Renditen – erzwingen zu können. Doch was hilft das, wenn macht- und geldgierige Politiker bei der Überwachung der Vorschriften beide Augen zudrücken, weil sie nach höheren Steuereinnahmen gieren?

Wenn die Politiker der EU-Länder und der G-20 Staaten jetzt zusammensitzen und gemeinsam neue und weltweit einheitliche Regelungen zur bilanziellen Vermögens- und Risikobewertung austüfteln, dann ist damit noch lange nicht gewährleistet, daß diese von allen Staaten auch eingehalten werden. Und das ist die Krux der Ideologie einer globalkapitalistischen Welt, in der einzelne Staaten (die USA z.B.) sich mehr Rechte herausnehmen. Ihren Politikern ist „das Hemd näher als die Jacke“, wenn sie klare materielle Vorteile für sich (das eigene Land) erlangen können.

Die über Jahrzehnte dauernde Umlenkung der Kapitalströme von den Exportüberschußländern in die USA, durch die sowohl der Staat als auch die Privathaushalte über ihre Verhältnisse leben konnten, beweist dies. Die maßlose Geld- und Fiskalpolitik der USA haben nicht nur die neue Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ausgelöst, sie hat in den beiden Jahrzehnten vor dem Ausbruch der Krise sowohl den Staat USA, die US-Wirtschaft als auch die Privathaushalte der USA auf Kosten der für die Exportüberschüsse darhenden Volkswirtschaften bereichert!

Warum verschweigen die „schlaueren Medien“ und die „Ökonomie-Experten“ (insbesondere in Deutschland) diese Vorgänge?

Die hochtrabenden Erwartungen an die internationalen Konferenzen zur Festsetzung neuer und einheitlicher Vorschriften zur Verhinderung von künftigen weltumfassenden Finanz- und Wirtschaftskrisen sind ein Betrug der Politiker an sich selbst und an den ihnen anvertrauten Menschen, die für alles gerade stehen und alles bezahlen müssen.

Schon steht China in den Startlöchern, um die USA als Hegemon zu beerben. Auch die „One World“ Ideologie würden die dortigen Machthaber sicherlich gerne übernehmen. Welcher Typus Mensch wird dann wohl die „Fahne der One World Ideologie“ hochhalten?